Artikel vom 31.07.2025 · Ausgedruckt am 12.11.2026, 12:23 Uhr

Online: https://spargel-erdbeerprofi-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/bundeshaushalt-2026-liefert-zu-wenig-perspektiven/

Bundeshaushalt 2026 liefert zu wenig Perspektiven

Der Zentralverband Gartenbau (ZVG) zeigt sich enttäuscht über den gestern (30.07.) vom Bundeskabinett verabschiedeten Haushaltsentwurf für 2026. Trotz einer Gesamterhöhung des Etats auf rund 520 Milliarden Euro sind vor allem die geplanten Mittel im Agrar- und Ernährungsbereich aus Sicht des Gartenbaus nicht zukunftsorientiert und setzen kein klares Signal für die Stärkung der Branche.

„Gerade in Zeiten wachsender Herausforderungen – sei es durch zunehmende Extremwetterlagen, fehlenden Pflanzenschutz oder steigende Energiekosten – brauchen gärtnerische Betriebe klare und verlässliche Rahmenbedingungen“, betont ZVG-Präsidentin Eva Kähler-Theuerkauf. „Der Haushaltsentwurf 2026 lässt diese Perspektive vermissen.“

„Die Ankündigungen im Koalitionsvertrag waren für die Wirtschaft und speziell auch für den Gartenbau vielversprechend. Dem müssen Taten folgen“, unterstreicht Kähler-Theuerkauf.

Nach aktuellem Stand soll das Budget des Bundeslandwirtschaftsministeriums 2026 leicht steigen. Allerdings sind in wichtigen Bereichen des Gartenbaus Kürzungen oder Stagnation zu beobachten.

So werden die Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, nach dem aktuellen Haushaltsplan 2026, wieder auf 100 Millionen Euro abgesenkt. Dies hätte gerade zum Ausgleich der hohen Lohnkosten beigetragen. Eine Reduzierung konterkariert die Aussagen, gärtnerische Betriebe bei der Fachkräftesicherung und Beschäftigung zu unterstützen.

Enttäuschend ist zudem, dass die Stromsteuer für gewerbliche Gartenbaubetriebe

weiterhin nicht abgesenkt werden soll. Eine Reduzierung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Mindestmaß wäre auch für diese Betriebe ein schnell wirksamer Schritt gewesen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken.

Die Koalitionspartner hatten außerdem vereinbart, die finanziellen Mittel im Rahmen der "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) deutlich zu erhöhen. Es sollte eine Förderung der Mehrgefahrenversicherung aus Mitteln der GAK geprüft werden. Umso unverständlicher ist es, dass das GAK-Budget im Bundeshaushalt 2026 dennoch nur auf dem bisherigen Niveau von 2025 verbleiben soll.

Der ZVG mahnt Nachbesserungen des Haushalts im parlamentarischen Verfahren an. Notwendig sei ein klarer politischer Wille, den Gartenbau als Zukunftsbranche zu erkennen und entsprechend zu fördern. Besonders angesichts der ambitionierten Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung müsse der Gartenbau aktiv unterstützt statt ausgebremst werden.

Quelle: ZVG